

## Haushaltsrede 2010

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es um die Finanzen geht, schlägt die Stunde der Wahrheit. Und diese Wahrheit ist, um es gleich vorweg zu nehmen, - bitter -. Das ist umso bedauerlicher, als wir am Anfang einer neuen Wahlperiode stehen.

Im zurück liegenden Kommunalwahlkampf wurde eine Reihe guter Ideen für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung genannt. Ihre Finanzierung wird nun schwieriger, mit der Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes wird eine neue Sparrunde eingeleitet. So unterliegen z. B. Investitionen künftig der Mitbestimmung durch die Kommunalaufsicht.

„Historischer Abschwung droht!“,

„NRW vor düsteren Zeiten!“,

„NRW-Kommunen in den roten Zahlen!“,

„1.400 Menschen im Raum Kierspe/Meinerzhagen in Kurzarbeit“ oder

„Wie stoppt der Staat die Krise?“

waren die Presseschlagzeilen zur Wirtschaftslage in Deutschland, die ich Ihnen bei der Einbringung des Haushalts 2009 vor etwa einem Jahr genannt habe. Heute wissen wir, dass uns das Jahr 2009 weltweit die schwerste Krise in der Nachkriegsgeschichte beschert hat.

Nach den vorläufigen Berechnungen der Statistiker ist die Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik in 2009 um rund 5 % zurück gegangen. Und das, obwohl die Bundesregierung bis dato umfassende und ungewöhnliche Maßnahmen ergriffen hatte, um einen weiter gehenden Zusammenbruch zu vermeiden. Ich möchte beispielhaft an den Rettungsschirm für Banken und die Abwrackprämie erinnern. Die Schulden von Bund und Ländern haben sich drastisch erhöht. Die Situation der Kommunalfinanzen hat sich gravierend verschlechtert – und damit auch die Haushaltslage der Stadt Kierspe. Zwar haben auch wir vom Konjunkturpaket II in Höhe von ca. 2 Mio. EUR profitiert und dringend erforderliche Sanierungsarbeiten an unserer Infrastruktur durchgeführt. Und zugegebenermaßen war die finanzwirtschaftliche Situation unserer Stadt auch in den vergangenen Jahren angespannt.

Der Haushalt konnte in 2007 und in 2008 jeweils nur durch einen Griff in die Rücklage fiktiv ausgeglichen werden – ich habe in jeder meiner Haushaltsreden darauf hingewiesen. Allerdings waren wir durch steigende Steuereinnahmen auf einem guten Weg, den Haushalt auch strukturell ausgleichen zu können. Die Krise wirft uns nun um Jahre zurück.

Der Kämmerer hat regelmäßig über die Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Eckdaten 2009 berichtet. Es ist davon auszugehen, dass die noch bestehende Ausgleichsrücklage im Jahr 2009 vollständig aufgezehrt ist. Die Schulden der Stadt belaufen sich zum Ende des abgelaufenen Jahres im Ist auf rd. 40 Mio. EUR; ich werde auf diese Zahl noch einmal zurück kommen.

Auch die Situation der Menschen in unserer Region hat sich verschlechtert. Ende 2009 sind in Kierspe 750 Personen arbeitslos. (Vorjahr 571, + 31 %). Darüber hinaus befinden sich in Kierspe und Meinerzhagen 1.900 Beschäftigte in Kurzarbeit. (Vorjahr 1.400, + 35 %). Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit bleibt das Beschäftigungsrisiko in 2010 – trotz des weiterhin bestehenden Fachkräftebedarfs – hoch. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit wird im Spätsommer erwartet, obwohl schon im Januar ein kräftiger Anstieg zu verzeichnen war. Umgekehrt wird bei anspringender Konjunktur aber auch ein deutliches Absinken zum Jahresende 2010 erwartet. Mit einem Anspringen der Konjunktur wird zzt. allgemein gerechnet, wobei die Spanne der Wachstumsprognosen zwischen + 1,3 und + 2,3 % vergleichsweise recht groß ist. Daran lässt sich eine gewisse Unsicherheit bezüglich der Intensität des Aufschwungs ablesen. Inwieweit unser, durch einen hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe gekennzeichneter Raum an der wirtschaftlichen Erholung teilnehmen kann, ist nach meiner Einschätzung durchaus offen.

Einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft zufolge wird die Wirtschaftskrise auch 2010 einige Branchen hart treffen. (Quelle: Focus Money v. 13.01.2010). Das Institut hat zudem für alle 413 Landkreise in Deutschland untersucht, welche Regionen stärker von den Nachwehen des Finanzmarktdesasters betroffen sind als andere. Die Untersuchung fußt auf den monatlichen Arbeitsmarkt- und Branchenstatistiken und brachte folgendes Ergebnis.

Unter den ersten zehn am stärksten betroffenen Kreisen befinden sich vier aus Baden-Württemberg, drei aus Bayern, zwei aus NRW und einer aus Sachsen. Hinter den Landkreisen Tuttlingen und Rottweil landet der Märkische Kreis auf Platz drei – wie gesagt bundesweit. Es ist zu hoffen, dass die in Focus Money geäußerte Einschätzung zutrifft, wonach die besonders stark getroffenen Regionen auch als Erste wieder aus der Krise herauskommen. Die Abwrackprämie wird aber zu einer – zumindest vorübergehenden – Sättigung auf dem Automobilmarkt geführt haben. Nicht auszuschließen ist, dass sich die allgemein erwartete Konjunkturerholung in unserem Raum daher verzögern kann. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wirken sich auf die Ertragskraft unserer Unternehmen und auf die Einkommen der Beschäftigten aus.

Unter Zugrundlegung der Orientierungsdaten des Landes NRW stellen wir uns in den Jahren 2010 bis 2013 mit kaufmännischer Vorsicht auf erheblich geringere Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen ein. Vor diesem Hintergrund weist der Ergebnisplan 2010 ein Defizit aus von rd. 6,6 Mio. EUR; eine Größenordnung, mit der wir auch in den Jahren 2011 bis 2013 rechnen müssen. Das Eigenkapital wird im Jahr 2013 fast aufgezehrt, der Schuldenstand auf unvorstellbare 59 Mio. EUR angewachsen sein.

Meine Damen und Herren,

der Kämmerer wird Ihnen gleich das Zahlenwerk des Haushalts 2010 ausführlicher erläutern. Ich möchte meine diesjährigen Ausführungen auf eine Analyse der besorgniserregenden Schulden konzentrieren.

Während in früheren Haushaltsjahren Schulden fast ausschließlich mit Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten gleich zu setzen waren, hat sich das seit einiger Zeit grundlegend gewandelt. So setzen sich unsere Ist-Schulden per Ende 2009 in Höhe von 40 Mio. EUR wie folgt zusammen:

28 Mio. EUR aus Investitionskrediten,  
12 Mio. EUR aus Kassenkrediten oder – anschaulicher formuliert – aus Kontoüberziehungen.

Wie kann so etwas passieren?

Natürlich hat uns die Weltwirtschaftskrise von einem Jahr auf das andere Steuermindereinnahmen von 3,5 Mio. EUR beschert; ohne dass überhaupt Möglichkeiten zum Gegensteuern da sind. Natürlich gibt es seit Jahren freiwillige Leistungen in unserem Haushalt. Nach der von der Kämmerei erstellten Liste – streng am Wortlaut des Erlasses der Landesregierung ausgerichtet – sollen diese rd. 1,4 Mio. EUR betragen. (Folie HSK!) Ob der Erlass die richtige Definition für den Begriff der freiwilligen Leistungen gefunden hat, möchte ich aber in Frage stellen. Wenn z. B. ein Hallenbad und Sportanlagen auch für Schulschwimmen und Schulsport vorzuhalten sind, muss allein hierfür ein Betrag von rd. 330 TEUR wieder herausgerechnet werden. Wenn wir eine zukunftsorientierte U 3-Betreuung durch Träger, die es aufgrund gesetzlich festgelegter Zuschüsse günstiger als Kommunen realisieren können, und die Arbeit in unseren Jugendzentren sicherstellen wollen, muss hierfür ein weiterer Betrag von rd. 400 TEUR herausgerechnet werden. Die Aufstellung würde sich demzufolge von rd. 1,4 Mio. EUR auf 670 TEUR mehr als halbieren. Aber selbst bei rigoroser Streichung der laut Erlass als freiwillig zu bezeichnenden Leistungen von 1,4 Mio. EUR ergäbe sich folgende Konsequenz: Das Defizit 2010 verringerte sich von 6,6 Mio. EUR auf 5,2 Mio. EUR – oder mit anderen Worten: Es bliebe ein Defizit von 5,2 Mio. EUR! Das nennt man in Kämmererkreisen Vergeblichkeitsfalle.

Es muss also einen anderen Grund geben.

Nach einer Haushaltsumfrage des StGB NW vom November 2009 haben nur noch 35 (!) von 360 Städten und Gemeinden in NRW einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. (Folie 11!) Der Hauptgrund liegt an der trotz des Konnexitätsprinzips ungebremsten Aufgabenzuweisung von Bund und Land, völlig egal in welcher politischen Zusammensetzung der jeweiligen Regierungen.

Hier einige wenige Beispiele aus unterschiedlichen Zeiträumen:

Die Einnahmen des Landes aus der Grunderwerbsteuer werden nicht mehr an die Kommunen weiter gegeben; bislang - 0,5 Mio.EUR Umgekehrt werden die Kommunen bei der Krankenhausfinanzierung beteiligt; bislang: - 1,1 Mio.EUR Die Sonderzuweisungen Asyl werden bei den Schlüsselzuweisungen angerechnet; bislang:- 1,8 Mio. EUR. Zum Solidarpakt Ost hat die Stadt Kierspe mittlerweile beigetragen in Höhe von: - 8,1 Mio.EUR. In der Summe sind das 11,5 Mio. EUR, ein fast identischer Betrag zu unseren Kassenkrediten oder Kontoüberziehungen von 12 Mio. EUR.

Die Einnahmeausfälle aus der seit Anfang 2008 in Kraft gesetzten Unternehmenssteuerreform hatte die Kämmerei ursprünglich mit 800 TEUR kalkuliert, bei mittlerweile halbierten Gewerbesteuererinnahmen somit ca. – 400 T

EUR. Die Einnahmeausfälle aus dem jüngst beschlossenen Wachstumsbeschleunigungsgesetz – das jetzt auch offen von der Landesregierung angegangen wird – sind in unserer Finanzplanung noch nicht enthalten und werden eine weitere Finanzierungslücke im Haushalt reißen, die mit Kassenkrediten zu stopfen ist

Leider muss ich in dem Zusammenhang auch wieder die Kreisumlage ansprechen. Natürlich bezahlen wir über die Kreisumlage Aufgaben, die der MK im Kreisgebiet und damit auch in Kierspe aufgrund einer gesetzlichen Zuweisung zu erfüllen hat. Wenn man aber den viel zitierten Begriff der kommunalen Familie mit Leben füllen will, muss man sich auch gemeinsam in ein Boot begeben. Die Begründung des MK, die Kreisumlage in 2010 zu erhöhen, ist nicht konsequent. In Zeiten steigender Steuereinnahmen bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden belässt es der MK beim Hebesatz, so im letzten Jahr. Unsere Mehreinnahmen wurden somit nominal fast zur Hälfte abgeschöpft. In Zeiten sinkender Steuereinnahmen wird der Hebesatz erhöht mit der Folge, dass wir rd. 500 TEUR allein für die allgemeine Kreisumlage mehr zu zahlen haben.

Ich appelliere daher an die Kiersper Kreistagsabgeordneten, sich für eine Beibehaltung des Hebesatzes stark zu machen und so die Interessen der Kiersper Bürgerschaft auf Kreisebene zu vertreten. Den Mehrbetrag von 500 TEUR müssen wir wie alle Jahresdefizite aus Kassenkrediten finanzieren.

Es kann daher keine Überraschung sein, dass die Aufteilung unserer Schulden nach dem Haushaltsentwurf zum Ende des Jahres 2013 wie folgt aussehen wird:  
rd. 28 Mio. EUR aus Investitionskrediten,  
rd. 31 Mio. EUR aus Kassenkrediten.

Der Anstieg der Schulden bei den Kassenkrediten zeigt, wo uns der Schuh drückt, und nicht nur uns in Kierspe.

Milliardenschwere Sozialleistungen sind den Kommunen neben den Auswirkungen aus den Änderungen des Steuerrechts gesetzlich übertragen worden, ohne dass gleichzeitig für eine Mindestausstattung bei der Finanzierung gesorgt wurde.

(Folie 4! Anschl. Folie 10!)

Der Anteil des Bundes an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose wurde erst kürzlich von rd. 26 % auf 23 % zurück genommen.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe im SGB II, bekannter unter dem Begriff Hartz IV, hat nicht zu der den Kommunen versprochenen Entlastung von 2,5 Mrd. EUR geführt. (Folie 6!)

Eine Gemeindefinanzreform hat es folglich nicht gegeben.

Meine Damen und Herren,

die Kommunen sollen für Sicherheit sorgen, Kinder betreuen, Schulen sanieren, Abwasser beseitigen, eine Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit garantieren und mit Aufträgen bzw. Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort gewährleisten. All diese Aufgaben werden den Kommunen von Bund und Land auferlegt. Gleichzeitig werden den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Leistungen versprochen.

So sollen z. B. innerhalb weniger Jahre 750.000 Krippenplätze geschaffen werden. Nach Ansicht des Bundes fallen hierfür 12 Mrd. EUR an, die zu je einem Drittel von Bund, Ländern und Kommunen finanziert werden sollen. Nach Ansicht des DStGB sind es übrigens nicht 12, sondern 15 bis 16 Mrd. EUR. Die Aufgabenzuweisung wird auf der Basis 12 Mrd. EUR verhandelt. Zusätzlich wird die Verankerung des Rechtsanspruchs für Einjährige ab 2013 voraussichtlich 1 Mio. Plätze erfordern.

Wie das vor dem Hintergrund der langjährigen Unterfinanzierung der Kommunen und der Verschärfung dieser Situation durch die Wirtschaftskrise finanziert werden soll und kann, ist völlig offen. Die Kommunen stellen sich gesellschaftspolitischen Herausforderungen, können dies aber nur mit einer finanziellen Mindestausstattung oder höherer Beteiligung der übergeordneten staatlichen Ebenen. Es besteht Handlungsbedarf, und zwar zu Gunsten der Kommunen. Die kommunale Selbstverwaltung ist in akuter Gefahr, und mit ihr der gesellschaftliche Zusammenhalt auf der untersten staatlichen Ebene. (Folie MK)

Der Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts sieht daher auch keine weiteren Einschränkungen bei unserem Leistungsangebot vor. Viele Einschränkungen sind in früheren Sparrunden eingeleitet worden, die sich heute bemerkbar machen und ein Defizit nicht verhindern können. Wieso sollen wir uns gesellschaftlichen Handlungsspielraum nehmen, wenn andere ihren eigenen erst gar nicht untersuchen?

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlich noch unsichere Situation sind auch keine Steuererhöhungen vorgesehen; doch müssen wir ab 2011 darüber nachdenken, wenn wir unser Leistungsangebot aufrecht erhalten wollen. Das Haushaltssicherungskonzept enthält auch deswegen keine Maßnahmen, weil unser Problem nicht selbstverschuldet ist. Das sieht bei den Geschäftsbanken, die die Finanzkrise herbeigeführt haben, anders aus – Sparkassen und Genossenschaftsbanken zählen nicht dazu.

Die Hypo Real Estate denkt an eine „Bad Bank“ in der Größenordnung von rd. 200 Mrd. EUR, um ihre selbstverschuldete Lage in den Griff zu kriegen. Wenn sie ihre Lage selbst herbeigeführt hat, wir unsere Lage aber nicht, denke ich – mit Recht – an eine „Bad Bank“ für unsere Kassenkredite in Höhe von 31 Mio. EUR. Mehrere Ruhrgebietsstädte, die bereits alle überschuldet sind, haben eine solche Forderung formuliert. Und sie werden unterstützt vom DStGB, der in einer Resolution vom 1. Dezember 2009 einen Rettungsschirm und ein nachhaltiges kommunales Konsolidierungspaket fordert. Ich hoffe, dass die Resolution nicht verhallen wird, doch bleibt persönlich eine große Skepsis.

Meine Damen und Herren,

wir sind in einem Tal der Tränen. Andererseits verbietet es sich, sich zu vergraben. Wir müssen attraktiver werden, auch um den Bevölkerungsschwund zu stoppen. Eine Chance hierzu – ich betone: eine Chance – bietet die Regionale 2013. Der Haushalt enthält eine freiwillige Leistung von 50 TEUR, um Projekte planen zu können, die nach einer breiten Bürgerbeteiligung angeregt wurden. Ein Beispiel könnte die Öffnung des Kamperbaches im Bereich des Tulpenplatzes im Rahmen des kreisweiten Projekts „Ein Kreis packt aus!“ sein, aber auch als separates Projekt. Ein „Wohnen am Wasser“, verbunden mit einer Parkanlage als Ort

von Freizeit oder auch einzelnen kulturellen Veranstaltungen könnte die Lebensqualität erheblich verbessern. Sollte der als Altlastenverdachtsfläche bezeichnete Bereich tatsächlich Altlasten in sich tragen, würde deren Beseitigung ein wesentlicher Beitrag zum Umweltschutz sein. Diesen Beitrag haben wir bei der Abwasserbeseitigung bereits geleistet.

In den letzten Jahren sind erhebliche Investitionen in unser Kanalnetz erfolgt; das Abwasserbeseitigungskonzept ist bis auf Sanierungen fast abgearbeitet. Mit den im Haushaltsentwurf 2010 veranschlagten Maßnahmen handelt es sich um einen Betrag von rd. 7 Mio. EUR, der über Investitionskredite finanziert wurde. (Saldo!) Als Großprojekt steht der Busbahnhof auf dem ehemaligen Bahnhofsgelände an. Zugegebenermaßen sind Investitionskosten von rd. 1,6 Mio. EUR nicht von Pappe, ein Investitionszuschuss von rd. 1,1 Mio. EUR aber hilfreich. Ich verspreche mir von der Realisierung eine erhebliche Verbesserung der Sicherheit, insbesondere für unsere Kinder und Senioren, eine Aufwertung des Bereiches an der unteren Kölner Straße und eine Perspektive für die Reaktivierung der Bahnstrecke. Die Finanzierung des Eigenanteils von rd. 500 TEUR fällt in eine äußerst günstige Zinsphase. Trotz des Großprojekts ergibt sich keine Netto-Neuverschuldung bei den Investitionskrediten.

Meine Damen und Herren,

wir leiden immer noch an den Folgen der Weltwirtschaftskrise, außerdem an einer chronischen Unterfinanzierung! Trotzdem: Kierspe lebt – vor allem dank seiner Bürgerschaft. Im letzten Jahr haben sich die Vereine „Stadtmarketing“ und „Hand in Hand“ neu gegründet. Das spricht für bürgerschaftliches Engagement.

Ich bedanke mich bei allen ehrenamtlich Tätigen in Kierspe, die uns unentgeltlich viel geben. Dem Kämmerer und der Kämmerei ein herzliches Dankeschön für die Erstellung des Zahlenwerks.

Meine Damen und Herren,

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!